



Stadt Marktheidenfeld

NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE 20. SITZUNG DES STADTRATES

Sitzungsdatum: Donnerstag, 22.07.2021
Beginn: 19:15 Uhr
Ende: 21:50 Uhr
Ort: im großen Sitzungssaal des Rathauses

ANWESENHEITSLISTE

Erster Bürgermeister

Stamm, Thomas

Mitglieder des Stadtrates

Adam, Helmut	
Bernstein, Tobias	erscheint während TOP 220
Carl, Michael	
Haag, Ruth	
Harth, Martin	
Hartwig, Dirk, Dr.	erscheint während TOP 224
Hoh, Florian	erscheint während TOP 220
Hörnig, Joachim	
Hörnig, Wolfgang	
Hospes, Xena	
Keller, Ludwig	
Kutz, Caroline	
Menig, Christian	
Menig, Hermann	
Oswald, Richard	
Richter, Heinz	
Riedmann, Mario	
Riedmann, Susanne	
Rinno, Susanne	
Schneider, Renate	
Seidel, Holger	erscheint während TOP 221.2
Wagner, Burkhard	

Behindertenbeauftragter

Peter, Heinz

Schriftführer/in

Laumeister, Sabine

Verwaltung

Burk, Andreas
Hanakam, Matthias
Hartmann, Barbara
Keil, Ute
Lermann, Sandra

Weitere Anwesende

Stieber, Wolfgang

anwesend bei TOP 221.1

Abwesende und entschuldigte Personen:

Mitglieder des Stadtrates

Hock, Klaus
Kempf, Bernhard

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

- 226 Antrag der CSU: Absetzen eines Tagesordnungspunktes**
- 227 Protokollgenehmigung**
- 228 Informationen**
- 229 Vergaben öffentlich**
- 229.1 Vergabe öffentlich; 2021/0795**
Kanalarbeiten, biozidfreies Kanal-Schädlingsmonitoring
Beschlussfassung
- 229.2 Vergabe öffentlich; Jahresbeschaffung von Ausrüstungsgegenständen 2021/0792**
für die Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Marktheidenfeld
Beschlussfassung
- 229.3 Vergabe öffentlich; Digitales Zeiterfassungssystem 2021/0770**
Beschlussfassung
- 229.4 Vergabe öffentlich; 2021/0790**
Winterdienst, Streugutsilo auf dem Gelände der Feuerwache MAR
Beschlussfassung
- 229.5 Vergabe öffentlich; 2021/0788**
Sozialer Wohnungsbau Säule II, Dachabdichtungsarbeiten
Beschlussfassung
- 230 Standortanalyse eines möglichen Kindergarten-Neubaus 2021/0796**
in Marktheidenfeld
Beschlussfassung
- 231 Neubau einer Kindertagesstätte; 2021/0797**
Bedarfsanerkennung von Regel- und Krippenplätzen
Beschlussfassung
- 232 Ausbau der Würzburger Straße-Planung zum Förderantrag 2021/0767**
Beschlussfassung
- 233 Antrag auf Ausweisung eines Sondergebietes Photovoltaik entlang der 2021/0785**
Autobahn A 3 auf der Gemarkung Michelrieth
Beschlussfassung
- 234 Bürgerhaus Glasofen; Festlegung der Nutzungsgebühren 2021/0793**
Beschlussfassung
- 235 Antrag der FW-Fraktion; Vorlage einer Übersicht über die 2021/0801**
Einzugsgebiete der städtischen Brunnenanlagen
Beschlussfassung
- 236 Anfragen**
- 236.1 Gelbe Bänder für Obstbäume**
- 236.2 Rückbau Behelfsparkplatz am Krankenhaus**

Erster Bürgermeister Thomas Stamm eröffnet um 19:15 Uhr die öffentliche 20. Sitzung des Stadtrates. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest.

ÖFFENTLICHE SITZUNG

226 Antrag der CSU: Absetzen eines Tagesordnungspunktes

Fraktionsvorsitzender Oswald stellt den Antrag auf Absetzen des Tagesordnungspunktes „Bürgerhaus Glasofen; Festlegung der Nutzungsgebühren“. Er hält fest, dass die vorgelegten Verträge ausschließlich für das Bürgerhaus Glasofen anwendbar seien und keine Ausarbeitungen für die übrigen Bürgerhäuser vorliegen würden. Es seien keine Vergleiche mit den Nutzungsverträgen für die anderen Bürgerhäuser möglich. Fraktionsvorsitzender Oswald regt an, zur abschließenden Beratung auch einen Entwurf für die Nutzung des Bürgerhauses in Michelrieth vorzulegen.

Erster Bürgermeister Stamm hält fest, dass es sinnvoll sei, die beiden neuen Bürgerhäuser gemeinsam zu betrachten.

Das Gremium stimmt dem Antrag des Fraktionsvorsitzenden Oswald konkludent zu. Somit wird die Beratung des Punktes „Bürgerhaus Glasofen; Festlegung der Nutzungsgebühren“ von der Tagesordnung abgesetzt.

227 Protokollgenehmigung

Auf Rückfrage des Ersten Bürgermeisters werden keine Einwände gegen das Protokoll zur 19. öffentlichen Stadtratssitzung vom 08.07.2021 erhoben. Das Protokoll gilt daher als konkludent genehmigt.

228 Informationen

Der Vorsitzende verweist auf die heutige Trauerbeflaggung am Rathaus und bittet die Anwesenden um eine Schweigeminute zum Gedenken an die Opfer des Attentats am Olympia-Einkaufszentrum in München vor fünf Jahren und die Opfer der Hochwasserkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Die Anwesenden erheben sich für eine Schweigeminute von den Plätzen.

Herr Stamm berichtet, die für den 05.08.2021 avisierte Sitzung des Bau- und Umweltausschusses entfalle.

Am 26.09.2021 finde die Bundestagswahl statt, erinnert der Erste Bürgermeister. Es würden 15 allgemeine Wahlvorstände und acht Briefwahlvorstände gebildet. Nachdem jeder Wahlvorstand aus mindestens sechs Personen bestehe, würden viele Wahlhelfer benötigt. Die Fraktionen werden gebeten, Wahlhelfer zu benennen. Der Aufruf gehe auch an die Bevölkerung. Das Erfrischungsgeld betrage wieder 50 €. Schulungen für die Wahlvorsteher und Schriftführer würden in der Woche vor der Wahl stattfinden, hierzu werde jedoch noch gesondert eingeladen. Bei Interesse bitte man die Bürgerinnen und Bürger um Kontaktaufnahme mit dem Wahlleiter Herrn Brand, ergänzt der Geschäftsleitende Beamte.

Es stehe die Benennung der Straßennamen für das Gewerbegebiet Söllershöhe an. Die Verwaltung rege an, die künftigen Anwesen durchgängig unter dem Namen „Söllershöhe“ zu nummerieren. Die Fraktionen werden gebeten, eigene Vorstellungen vorab mitzuteilen, so Herr Stamm.

Erster Bürgermeister Stamm verweist abschließend auf folgende Veranstaltungen:

- „Mein Leben mit Braun“, Franck-Haus, Ausstellungseröffnung am 23.07.2021, Anmeldungen im Franck-Haus
- Konzerte im Stadtgärtchen: 30.07.2021 – Edeltraud Rupek und ihre Lieblinge, 31.07.2021 – Machando-Quartett, Tickets erhältlich in der Touristinfo am Marktplatz
- Konzert Virtuose Cembalo-Musik mit Michael Günther, Innenhof des Franck-Hauses, 04.08.2021, Anmeldung im Franck-Haus

229 Vergaben öffentlich

229.1 Vergabe öffentlich; Kanalarbeiten, biozidfreies Kanal-Schädlingsmonitoring

Beschluss:

Nachstehende in der vorangegangenen nichtöffentlichen Sitzung erläuterte Vergabe wird beschlossen:

- **Kanalarbeiten
Vertrag über biozidfreies Kanal-Schädlingsmonitoring
Vertragslaufzeit: 4 Jahre
Vertragsbeginn: 01.10.2021
Firma Anticimex GmbH & Co. KG, 20097 Hamburg
186.924,01 € brutto**

einstimmig beschlossen Ja 23 Nein 0

229.2 Vergabe öffentlich; Jahresbeschaffung von Ausrüstungsgegenständen für die Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Marktheidenfeld

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die nachstehende in der vorangegangenen nichtöffentlichen Sitzung erläuterte Vergabe:

- **Jahresbeschaffung von Ausrüstungsgegenständen für die Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Marktheidenfeld
Firma Albert Mahr Feuerwehrbedarf GmbH, 97082 Würzburg
39.787,65 € brutto**

einstimmig beschlossen Ja 23 Nein 0

229.3 Vergabe öffentlich; Digitales Zeiterfassungssystem

Beschluss:

Nachstehende in der vorangegangenen nichtöffentlichen Sitzung erläuterte Vergabe wird beschlossen:

- **Digitales Zeiterfassungssystem ZeusX mit Anbindung der Außenstellen
Isgus Vertriebs GmbH, 91058 Erlangen
36.613,80 € brutto für 60 Monate Vertragslaufzeit**

einstimmig beschlossen Ja 23 Nein 0

229.4 Vergabe öffentlich; Winterdienst, Streugutsilo auf dem Gelände der Feuerwache MAR

Beschluss:

Nachstehende in der vorangegangenen nichtöffentlichen Sitzung erläuterte Vergabe wird beschlossen:

- **Winterdienst
Streugutsilo auf dem Gelände der Feuerwache Marktheidenfeld
Firma Reich Tank GmbH, 86932 Pürgen (Oberbayern)
61.932,36 € brutto**

einstimmig beschlossen Ja 23 Nein 0

229.5 Vergabe öffentlich; Sozialer Wohnungsbau Säule II, Dachabdichtungsarbeiten

Beschluss:

Nachstehende in der vorangegangenen nichtöffentlichen Sitzung erläuterte Vergabe wird beschlossen:

- **Sozialer Wohnungsbau Säule II
Dachabdichtungsarbeiten
Firma Klemens Ott GmbH, 63897 Miltenberg
315.610,31 € brutto**

mehrheitlich beschlossen Ja 22 Nein 1

230 Standortanalyse eines möglichen Kindergarten-Neubaus in Marktheidenfeld

(Bei Behandlung des Tagesordnungspunktes ist Architektin Corinna Lang, Birkenfeld, anwesend.)

Im Zuge der Haushaltsberatungen 2021 wurden Mittel für Planungsleistungen zur Erstellung eines möglichen Kindergartenneubaus bereitgestellt.

Um ein Gesamtkonzept für die nächsten Jahre entwickeln zu können, wurden zunächst folgende Planungsleistungen an das Architekturbüro Lang in Birkenfeld in Auftrag gegeben:

- Standortanalyse für einen sechsgruppigen Kindergartenneubau
- Untersuchung der Rahmenbedingungen
 - Platzbedarf für einen sechsgruppigen Kindergarten mit einer inklusiven Kleinkindgruppe
 - Schnelligkeit der Umsetzungsmöglichkeit
- Baukostenermittlung zur Eruiierung des erforderlichen Vergabeverfahrens
- Vergleich unterschiedlicher Bauweisen in Bezug auf Kosten, Terminen und Qualitäten

Frau Architektin Lang stellt dem Stadtrat ihre Erkenntnisse anhand einer Präsentation vor. Sie erläutert die Herangehensweise an die Aufgabe. Sie habe zunächst die erforderliche Grundstücksgröße berechnet, diese beläuft sich auf ca. 2.400 bis 3.500 m² für einen sechsgruppigen Kindergarten. Anschließend habe sie verschiedene demnächst frei werdende bebaute und unbebaute Grundstücke betrachtet aber auch die Freifläche der jetzigen Lohgraben-Kita mit einbezogen. Als am geeignetsten betrachtet Frau Lang den Standort an der Grundschule, an zweiter Stelle befürworte sie den Standort Gründelwiese. Die Freifläche der jetzigen Kita Lohgraben habe eine zu kleine Fläche, um einen sechsgruppigen Kindergarten darauf neu zu bauen.

Die Gesamtkosten veranschlagt Architektin Lang überschlägig auf rund 4,8 Mio. €, unter Heranziehung der üblichen Berechnungsgrundlagen.

Abschließend stellt sie kurz zum Vergleich die Vor- und Nachteile der Herstellung eines Kindergarten-Neubaus in Modulbauweise vor.

Das Gremium erörtert den Sachverhalt intensiv. Die nochmalige Betrachtung des gesamten Geländes Würzburger Straße 12 und Würzburger Straße 12 a wird angeregt. Der Aspekt der Flächenversiegelung wird eingeworfen. Bezüglich der geschätzten Baukosten wird angemerkt, dass diese erfahrungsgemäß erheblich überschritten werden würden. Für die anstehenden Haushaltsberatungen benötige man belastbare Zahlen. Mehrfach wird ein Ortstermin vorgeschlagen. Es wird weiter bemängelt, dass keine Grundstücke im Nordbaugebiet bzw. im Norden der Stadt untersucht worden seien. Bei einer Realisierung des Bauvorhabens an der Grundschule wird auf eine massive Verkehrsüberwachung gedrängt. Ein Standort am Klinikum wird ins Gespräch gebracht. Weiter wird über die Möglichkeit der Vertragsgestaltung mit Fixpreis nachgedacht.

Im Gremium wird festgehalten, dass der Bedarf an Kita-Plätzen vorhanden und dringlich sei. Auch wird angemerkt, dass eine schnelle Umsetzung eines Bauvorhabens am Standort Grundschule/Ludwigstraße möglicherweise durch die aktuellen Bestandsgebäude und die Sanierung der Grundschule erschwert werde. Das bereits bestehende Recht der Eltern auf einen Kindergartenplatz und das demnächst in Kraft tretende Recht der Eltern auf einen Krippenplatz finden Erwähnung. Das Ansinnen, während der Bauphase auf eine Interimslösung verzichten zu wollen, wird in Erinnerung gerufen. Es wird über die Möglichkeiten der Modulbauweise diskutiert. Vor einem Abzug der Kita Kolpingstraße aus der Altstadt wird gewarnt. Es wird angeraten, die Verkehrssituation in der Ludwigstraße vorab genau zu analysieren.

Die Sitzung wird kurz unterbrochen, um die Sachlage und die zu Beginn der Beratung durch Fraktionsvorsitzenden Oswald geäußerte Idee auf Absetzung des Beschlusses und Ansetzung eines Ortstermins fraktionsintern zu beraten.

Die Beratung wird nach ca. zehn Minuten wieder aufgenommen. Fraktionsvorsitzender Oswald stellt den Antrag auf Absetzung des Beschlusses. Hierüber wird abgestimmt.

Beschluss:

Von einer Beschlussfassung wird abgesehen.

mehrheitlich beschlossen Ja 15 Nein 8

Der Erste Bürgermeister hält abschließend fest, es werde baldmöglichst ein Ortstermin angesetzt.

231 Neubau einer Kindertagesstätte; Bedarfsanerkennung von Regel- und Krippenplätzen

Für den geplanten Neubau einer Kindertagesstätte ist eine Bedarfsanerkennung der neuen Kitaplätze notwendig. Es soll eine Einrichtung mit sechs Gruppen entstehen, davon drei Regelgruppen, zwei Krippengruppen und eine integrative Krippengruppe.

Derzeitiger Stand (alle Kitas)

künftiger **Bedarf**

12 Regelgruppen mit insg. 301 Plätzen	13 Regelgruppen (+25 Plätze)
8 Krippengruppen mit insg. 117 Plätzen	10 Krippengruppen (+33 Plätze), davon 5 integrative Krippenplätze

Für einen geplanten sechsgruppigen Kitaneubau sind	
drei Regelgruppen =	75 Regelplätze,
zwei Krippengruppen =	30 Krippenplätze,
eine integrative Krippengruppe =	10 Krippenplätze und 5 integrative Krippenplätze
vorzusehen.	

Hinweis:

Für die Bedarfsanerkennung ist die Gewichtung der Plätze nicht relevant.

Es werden demnach 25 Regelplätze, 28 Krippenplätze und fünf integrative Krippenplätze neu geschaffen. Hierfür ist der Bedarf von der Gemeinde gemäß Art. 7 BayKiBiG anzuerkennen.

Beschluss:

Nach Art. 7 BayKiBiG werden für den Kitaneubau (mit integrativer Krippe) weitere 25 Regelplätze, 28 Krippenplätze und fünf integrative Krippenplätze als bedarfsnotwendig anerkannt.

einstimmig beschlossen Ja 23 Nein 0

232 Ausbau der Würzburger Straße-Planung zum Förderantrag

In der Stadtratssitzung vom 24.06.2021 wurden die aktuellen Planungen zum Ausbau der Würzburger Straße vorgestellt. Folgende Sachverhalte sollten aufgearbeitet und in die Planungen nach Möglichkeit eingearbeitet werden:

Protokollauszug:

„Die Parkbuchten der Planung sollen entfallen und stattdessen durch farbliche Markierungen oder farbiges Pflaster am Fahrbahnrand ersetzt werden. Die Errichtung einer Bedarfsampel direkt an der Kreuzung Lohgraben/Friedenstraße sei zu überlegen. Hier könne auch über eine

gute Alternative nachgedacht werden. Die Errichtung eines Radweges sei mit den Planern und dem staatlichen Bauamt abzustimmen.“

Zu den einzelnen Sachverhalten:

1. *Die Parkbuchten der Planung sollen entfallen und stattdessen durch farbliche Markierungen oder farbiges Pflaster am Fahrbahnrand ersetzt werden.*

Ergebnis:

Im Bestand gibt es stadtauswärts rechte Seite neun Längsparkplätze, die Fahrzeuge parken teilweise auf dem Gehweg, teilweise auf der Straße, dies soll im sanierten Zustand beibehalten werden, die farbliche Markierung wird während der Ausführung festgelegt. Die bestehende Straßenbreite wird beibehalten.

2. *Die Errichtung einer Bedarfsampel direkt an der Kreuzung Lohgraben/Friedenstraße sei zu überlegen. Hier könne auch über eine gute Alternative nachgedacht werden.*

Ergebnis:

Das Staatliche Bauamt prüft den Bedarf einer (Bedarfs)Ampel. Im Falle einer Zustimmung übernimmt das Staatliche Bauamt die Kosten. Eine Verkehrszählung wird durchgeführt.

3. *Die Errichtung eines Radweges sei mit den Planern und dem staatlichen Bauamt abzustimmen.*

Ergebnis:

Aufgrund der örtlichen Gegebenheiten ist die Anordnung eines separaten Radweges prinzipiell nicht möglich. Daher wurde die Realisierung eines Schutzstreifens auf der Fahrbahn geprüft. Die anordnende Stelle, die Verkehrsbehörde des Landratsamtes Main-Spessart, lehnt die Anordnung von Schutzstreifen ab. Als Anlage sind die Stellungnahmen des Staatlichen Bauamtes, des Landratsamtes und der Polizeiinspektion beigefügt. Eine weitere Anlage ist ein Auszug aus den gültigen „Empfehlungen für Radverkehrsanlagen“ mit den nötigen Ausbaubreiten für Radwege und Schutzstreifen.

Die vorhandene Planung beinhaltet die weiteren folgenden Punkte:

Baumstandorte:

Es wurden drei Baumstandorte integriert, je ca. 12 m³ Wurzelbereich nötig, eventuell überfahrbare Baumscheiben, die vorgeschlagenen Standorte sind möglich, da dort keine Versorgungsleitungen verlaufen.

Pflasterbelag:

Die Gehwege sollen bis zur Kreuzung Friedenstraße/Würzburger Straße in dem ortsüblichen roten Pflasterbelag ausgeführt werden. Ab der Kreuzung Friedenstraße werden nur die Gehwege gefräst und erhalten eine neue Asphaltdeckschicht. Einzelne kaputte Bordsteine werden ausgetauscht, wie in der Stadtratssitzung vom 24.06.2021 vorgestellt.

Zufahrt ehemalige St. Kilian-Schule:

Die momentan als Straße ausgebaute Zufahrt zum Gelände der ehemaligen St. Kilian-Schule wird als private Zufahrt ausgebaut. Der Gehweg wird nicht unterbrochen, wie in der Stadtratssitzung vom 24.06.2021 vorgestellt.

Abgesenkte Bordsteine:

An der Kreuzung Lohgraben/Würzburger Straße/Friedenstraße werden abgesenkte Bordsteine

mit den üblichen hellen Sonderborden eingeplant.

Für die Prüfung einer Förderungsmöglichkeit muss der Antrag bis September 2021 eingereicht werden. Die Ausführung einer Ampelanlage ist für eine mögliche Förderung nicht von Bedeutung. Bis zur Ausschreibung im Oktober/November 2021 sollte das Ergebnis der Überprüfung vorliegen, ebenso die Entscheidung der Umsetzung.

Das Gremium erörtert den Sachverhalt ausführlich. Eine eventuelle Fahrradspur, die anstehende Umwidmung der jetzigen Bundesstraße und die Parkflächen vor der Polizeiinspektion werden diskutiert.

Fraktionsvorsitzender Richter stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, die Diskussion zu beenden und zur Abstimmung überzugehen, da noch sehr viele Wortmeldungen angemeldet wurden.

Beschluss:

Die Diskussion wird beendet und über die einzelnen Punkte abgestimmt.

mehrheitlich beschlossen Ja 17 Nein 6

Der Bürgermeister stellt klar, er werde über die einzelnen Aspekte gesondert abstimmen lassen.

Beschluss:

1. Die Parkbuchten der Planung sollen entfallen und stattdessen durch farbliche Markierungen oder farbiges Pflaster am Fahrbahnrand ersetzt werden.

mehrheitlich beschlossen Ja 20 Nein 3

2. Die Errichtung einer Bedarfsampel direkt an der Kreuzung Lohgraben/Friedenstraße wird für erforderlich gehalten.

einstimmig beschlossen Ja 23 Nein 0

3. Die Errichtung eines Radweges ist mit den Planern und dem staatlichen Bauamt abzustimmen.

mehrheitlich beschlossen Ja 13 Nein 10

4. Es werden drei Baumstandorte integriert.

mehrheitlich abgelehnt Ja 9 Nein 13

Abstimmungsvermerk:

Stadtrat Carl hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

- 5. Die Gehwege sollen bis zur Kreuzung Friedenstraße/Würzburger Straße mit Pflasterbelag ausgeführt werden.**

einstimmig beschlossen Ja 23 Nein 0

- 5. a) Es kommt Variante I (sandsteinfarbenes Betonpflaster, 10 x 20 cm) zur Ausführung.**

mehrheitlich beschlossen Ja 16 Nein 7

- 6. Die momentan als Straße ausgebaute Zufahrt zum Gelände der ehemaligen St. Kilian-Schule wird als private Zufahrt ausgebaut.**

einstimmig beschlossen Ja 23 Nein 0

- 7. An der Kreuzung Lohgraben/Würzburger Straße/Friedenstraße werden abgesenkte Bordsteine mit den üblichen hellen Sonderborden eingeplant.**

einstimmig beschlossen Ja 23 Nein 0

233 Antrag auf Ausweisung eines Sondergebietes Photovoltaik entlang der Autobahn A 3 auf der Gemarkung Michelrieth

Die Unien United Energy GmbH aus Mering fragt mit Schreiben vom 11.06.2021 erneut bei der Stadt Marktheidenfeld an, inwieweit eine Neuausweisung einer weiteren Freiflächen-Photovoltaikanlage im Bereich der Autobahn A 3 – diesmal in der Gemarkung Michelrieth – mit den Zielsetzungen der Stadt Marktheidenfeld vereinbar wäre und ob Bereitschaft zur Aufstellung eines Bebauungsplans zur Ausweisung dieser Solarparks besteht.

Vorgesehen ist gemäß beigefügtem Plan eine Freiflächen-Photovoltaikanlage von ca. 8,79 ha nördlich des Stadtteils Michelrieth (lediglich ca. 330 m nördlich des Baumgartshofwegs) direkt an der Autobahn und direkt neben der bereits bestehenden zu errichten. Betroffen sind u. a. auch wieder ein städtisches Grundstück Fl.-Nr. 220 der Gemarkung Michelrieth sowie ein Weg, Fl.-Nr. 213, Gemarkung Michelrieth.

Nachdem bei der Liegenschaftsverwaltung diesbezüglich auch diesmal keine entsprechende Anfrage eingegangen und von dem Sachverhalt nichts bekannt ist, wird davon ausgegangen, dass zunächst wieder grundsätzlich die Bereitschaft der Stadt Marktheidenfeld zur Ausweisung weiterer Photovoltaikflächen abgeklärt werden soll bzw. ob Einwände zu einzelnen Flächen bestehen. Hier wäre auch eine Entscheidung über die städtische Fläche bzw. den Weg zu treffen.

Insgesamt ist festzustellen, dass durch die angedachte Freiflächen-Photovoltaikanlage erneut Ackerland aus der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung genommen würde. Es könnte zwar

nach Aussage der Unien GmbH weiterhin eine landwirtschaftliche Bodennutzung durch hoch ertragsfähige Nektarpflanzen für den Betrieb einer landwirtschaftlich-gewerblichen Imkerei ermöglicht werden, was aber dem bisherigen landwirtschaftlichen Betrieb wahrscheinlich auch nicht von Nutzen wäre.

Zudem sind insbesondere in den Gemarkungen Altfeld und Michelrieth unseres Erachtens bereits ausreichend Photovoltaikflächen an der Autobahn für Freiflächen-Solarparks zur Verfügung gestellt worden. Und auch im Stadtteil Zimmern wurde ein Sondergebiet Solar ausgewiesen.

Des Weiteren ist noch zu bedenken, dass in früheren Stadtratssitzungen grundsätzlich angekündigt ist, keine weiteren Freiflächen-Photovoltaikanlagen im gesamten Stadtgebiet von Marktheidenfeld und den Stadtteilen mehr errichten zu lassen. Der Bestand an Solaranlagen wurde als ausreichend angesehen. Mit der Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans und gleichzeitiger Herausnahme eines Teilbereiches aus dem Flächennutzungsplan bezüglich des Solarparks Zimmern wurde dies bereits untermauert.

Zusammenfassend sollte aus Sicht der Verwaltung auch dieser Antrag der Unien United Energy GmbH nicht befürwortet werden.
Gleichzeitig sollte ein Grundsatzbeschluss erwogen werden.

Das Gremium diskutiert den Sachverhalt kontrovers. Einerseits wird die Notwendigkeit alternativer Energiegewinnung betont, andererseits ist man der Meinung, der Landwirtschaft dürften nicht noch weitere Nutzflächen entzogen werden. Der vorgeschlagene Grundsatzbeschluss findet keinen Zuspruch. Mehrfach wird die Installation von Photovoltaikanlagen auf Dachflächen angesprochen.

Erster Bürgermeister Stamm kündigt an, über die beiden Beschlussteile getrennt abstimmen zu lassen.

Beschluss:

- 1. Dem Antrag auf Ausweisung eines weiteren Freiflächen-Solarparks im Bereich der Autobahn A 3, nördlich des Stadtteils Michelrieth wird zugestimmt.**

einstimmig angenommen Ja 11 Nein 12

- 2. Die Stadt Marktheidenfeld spricht sich grundsätzlich gegen die Ausweisung weiterer Freiflächen-Solarparks in der Kernstadt sowie den Stadtteilen aus.**

einstimmig abgelehnt Ja 0 Nein 23

234 Bürgerhaus Glasofen; Festlegung der Nutzungsgebühren

abgesetzt

235 Antrag der FW-Fraktion; Vorlage einer Übersicht über die Einzugsgebiete der städtischen Brunnenanlagen

Am 14.07.2021 ist der Antrag der Fraktion der Freien Wähler bei der Verwaltung eingegangen. Auf den Antrag wird inhaltlich verwiesen.

Aus dem Antrag hat sich der Beschlussvorschlag ergeben wie folgt:
„Die Verwaltung wird beauftragt, eine Übersicht über die Einzugsgebiete der städtischen Brunnenanlagen vorzulegen.“

Fraktionsvorsitzender Wagner hält fest, aufgrund der über das Ratsinformationssystem zur Einsicht zur Verfügung gestellten Unterlagen bezüglich der Einzugsgebiete Obereichholz und Zimmern habe sich der Antrag der Fraktion der Freien Wähler erledigt.

Aus dem Gremium wird bezüglich des Strömungsumfangs nachgefragt, ob diesbezüglich Erhebungen durchgeführt worden seien. Im Gremium wisse man derzeit nichts über die Anströmungsverhältnisse und wie sich die einzelnen Quellen speisen. Stellvertretender Bauamtsleiter Burk erläutert, im Zuge der Planung des Hochwasserschutzes für Hafenlohr seien relativ viele Probebohrungen erfolgt.

Aus dem Gremium wird angeregt, die Verwaltung solle sich diesbezüglich nochmals mit Frau Dr. Herrmann von GMP in Verbindung setzen.

236 Anfragen

236.1 Gelbe Bänder für Obstbäume

Stadtrat Seidel erinnert an die im vergangenen Jahr begonnene Aktion, den Bürgern die Ernte von städtischen Obstbäumen zu ermöglichen, in dem die betreffenden Bäume mit gelben Bändern markiert werden. Er bittet die Aktion weiterzuführen und frühzeitig zu bewerben, damit die Bürger entsprechend informiert werden. Auch regt er an, privaten Baumbesitzern auf Wunsch den Zugang zu den Bändern zu ermöglichen, damit auch dieses Obst den Mitbürgern zugänglich gemacht werden könne.

Stadträtin Schneider bittet um Prüfung, ob es rechtlich oder versicherungstechnisch zu Schwierigkeiten kommen könnte, wenn Bürgern auf den Grundstücken der Privatleute bei der Ernte an diesen gekennzeichneten Bäumen etwas passiere.

Erster Bürgermeister Stamm hält fest, dass sich diese Frage wohl im privatrechtlichen Bereich abspiele. Man werde die Angelegenheit prüfen, sagt er zu.

236.2 Rückbau Behelfsparkplatz am Krankenhaus

Stadtrat Joachim Hörnig erinnert an seine Anfrage bezüglich eines möglichen Rückbaus des nicht mehr benötigten Behelfsparkplatzes am Krankenhaus in Marktheidenfeld. Stellvertretender Bauamtsleiter Burk berichtet, er habe diesbezüglich bereits mit dem Ordnungsamt Kontakt aufgenommen. Die Parkfläche habe derzeit keine erkennbare Funktion. Einem Rückbau stehe grundsätzlich nichts entgegen.

Erster Bürgermeister Thomas Stamm schließt um 21:50 Uhr die öffentliche 20. Sitzung des Stadtrates.

Thomas Stamm
Erster Bürgermeister

Sabine Laumeister
Schriftführer/in